

## Die Autofahrer warten auf klare Steuersignale

*Der Bund soll von 2010 an allein für die Kraftfahrzeugsteuer zuständig sein. Wie die dann aussehen wird, steht noch immer nicht fest.*

mas./hpe. BERLIN/FRANKFURT, 12. Juni. Die Autofahrer müssen sich noch gedulden, bis sie wissen, wie sich die neue Kraftfahrzeugsteuer in ihrem Geldbeutel auswirkt. Zwar hat sich der Koalitionsausschuss am Mittwochabend darauf verständigt, dass der Bund künftig nicht nur regelt, wovon die Kraftfahrzeugsteuer abhängt, sondern vom Jahr 2010 auch das Aufkommen bekommt. Aber das heißt nicht, dass sich die Bundesregierung selbst schon geeinigt hätte, wie die Neuregelung konkret aussehen soll. Vielmehr vertreten die Ministerien für Finanzen, Umwelt und Wirtschaft immer noch kein gemeinsames Konzept.

Bisher hat sich die Bundesregierung nur auf drei Grundsätze festgelegt. Erstens soll die Kraftfahrzeugsteuer nicht mehr von der Größe des Motors, sondern vom Kohlendioxidausstoß abhängen. Dabei sollen schadstoffarme Neufahrzeuge grundsätzlich nicht höher als heute besteuert werden. Zweitens wird eine weitgehende Aufkommensneutralität angestrebt. Drittens soll der Altbestand in den ersten Jahren der Reform nicht zusätzlich belastet werden. So weit war man eigentlich schon vor dem Koalitionstreffen. Es bleibt eine schwierige Aufgabe, aus den sich teilweise widersprechenden Zielen eine runde Reform zu machen.

Der Verband des deutschen Kraftfahrzeuggewerbes ZDK begrüßte gleichwohl die Entscheidung von Union und SPD.

"Im Interesse der Förderung verbrauchs- und emissionsarmer Fahrzeuge muss die kohlendioxid-basierte Kraftfahrzeugsteuer jetzt so schnell wie möglich beschlossen werden", sagte ein Sprecher. Die Hängepartie hatte den deutschen Automarkt zuletzt belastet. Der Auftragsseingang schwächte sich ab, im Mai lagen die Neuzulassungen mit rund 275 000 Fahrzeugen um 6 Prozent unter Vorjahresniveau.

Auch der Verband der Automobilindustrie zeigte sich zufrieden. "Das ist ein wesentlicher Beitrag, um die bestehende breite Verunsicherung der Käufer aufzulösen und die Klimaschutzziele zu erreichen", sagte Verbandspräsident Matthias Wissmann. Dahinter steht die Überlegung, dass ein neues Auto weniger verbraucht als ein altes. Damit würden sich Käufer eines Neufahrzeugs mit der neuen Kraftfahrzeugsteuer auf jeden Fall besserstellen. Der Verband sprach sich zudem dafür aus, die Pendlerpauschale wieder vom ersten Kilometer an zu gewähren. Schärfere steuerliche Regeln für Firmenwagen lehnt er indessen ab. "Die Kosten eines Firmenwagens sind ebenso Betriebsausgaben wie die Anschaffung eines neuen Schreibtisches für einen Mitarbeiter", sagte Geschäftsführer Klaus Bräunig.

Damit reagiert er auf den Vorstoß des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ulrich Kelber, die Steuerregelung für Dienstwagen zu verschärfen, um Berufspendler entlasten zu können.

Um einen Anreiz für sparsamere Autos zu geben, könnten die Spritkosten für Dienstwagen nur noch bis zu einem bestimmten Verbrauch von der Steuer abgesetzt werden, sagte er dem Kölner "Express". Denkbar sei ein Verbrauch von 7 Litern auf hundert Kilometern. Im Gegenzug regte er an, eine neue Pendlerpauschale einzuführen. Diese sollte nicht wie die alte das zu versteuernde Einkommen mindern, was Spitzenverdienern mehr bringe als Geringverdienern. "Wir wollen, dass der Staat den Weg zur Arbeit für alle gleich hoch honoriert", betonte der SPD-Politiker.

Das Bundesfinanzministerium schloss hingegen Änderungen bei der Pendlerpauschale vor dem noch ausstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus. Seit dem 1. Januar des vergangenen Jahres können Arbeitnehmer ihre Fahrtkosten für die ersten zwanzig Kilometer nicht mehr geltend machen. Auch der für Steuern zuständige SPD-Fraktionsvize Joachim Poß distanzierte sich von den Vorschlägen Kelbers. Wenn das Bundesverfassungsgericht den Klägern recht geben und das Nettoprinzip bestätigen sollte, wäre es künftig systematisch zwingend, die Fahrtkosten zur Arbeit vom zu versteuernden Einkommen abzuziehen. Wenn man vorher etwas anderes beschließen würde, liefe man Gefahr, dies kurz danach nochmals ändern zu müssen. "Finger weg von der Pendlerpauschale bis zur Entscheidung", mahnte Poß.